

KREIDEKREIS

Die Zeitung der österreichischen LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie

Anfragen, Infos:

oeli@kreidekreis.net
www.oeli-ug.at

Liebe KollegInnen!

Vor 10 Jahren haben wir den *Jahrespätzkalender 2000/2001*

gemacht. Aus Anlass dieses Jubiläums widmen wir euch den umseitigen aktuellen Kalender. Für die jungen KollegInnen: Ende der 90er wurde in einem der vielen Sparpakete der letzten Jahrzehnte die Überstundenbezahlung für LehrerInnen geändert. Dabei wurden die von uns so genannten „änpätzn Wochn“ eingeführt: Entfiel in einer Woche eine Unterrichtsstunde, wurde sie von den Überstunden abgezogen. Wenn also zB jemand eine Lehrverpflichtung von 23 WE hatte und in einer Woche ein Tag unterrichtsfrei war, an dem sie/er 3 Stunden Unterricht gehabt hätte, dann wurden die Überstunden für diese Woche nicht gezahlt. Es war daher sinnvoll, in solchen Wochen auch gleich andere Bezugsminderungen zu legen: Seminare, Schulveranstaltungen (nur Unterricht in der Klasse zählt zu Überstunden), Hochzeit, Krankenstand – naja, usw.

Ob angeregt durch unsere Kritik mittels des Jahrespätzkalender 2000/2001 („für LehrerInnen als Stundenlöhnerinnen und Tagezähler. Zur ganzjährigen Erinnerung, dass die ÖLI-UG leistungsgerechte statt kalendergerechte Bezahlung fordert, ehe baldigst!“) oder – was wohl leider eher zutrifft – um weiter bei der LehrerInnenbezahlung zu sparen, haben sich Sektions-Chef Stelmüller den neuen Paragraphen 61 (des Gehaltsgesetzes, u.a.) und der damalige Pflichten-Obergewerkschafter Hermann Helm das LDGneu (LandeslehrerInnen-Dienstrecht) ausgedacht und ab September 2001 waren die änpätzn Wochn Geschichte – und die Eingänge auf unseren Gehaltskonten schmolzen weiter: Im LDGneu wurde der C-Topf eingeführt, aus dem keine Überstundenbezahlung resultieren darf, bei den höheren Schulen wurden Klassenvorstandstätigkeit und Kustodiat aus der Lehrverpflichtung genommen, der Überstundenfaktor wurde von 1,73 auf 1,432 abgesenkt und kurz davor wurden die Abschlussklassen abgewertet (§ 4 des Lehrverpflichtungsgesetzes). Freilich gab's auch a paar positive Änderungen, zB die so genannte „goldene Stunde“: Wenn an einem Tag auch nur eine einzige Stunde gehalten wird (und sei es auch eine unbezahlte Supplierstunde), kommt es zu keinem Abzug. Mittlerweile wurde ab dem vergangenen Schuljahr der Überstundenfaktor noch einmal (auf 1,3) gekürzt und weitere Tage als Abzugstage und weitere Supplierstunden als unbezahlt definiert. Vor allem wurde aber die 2001 verbesserte Abgeltung von Maturavorbereitung und -prüfung nun radikal verschlechtert.

Alle Prüfungsgebühren (Seite 68-71) und alle Details zur Supplier- und Überstunden(nicht)bezahlung (S. 58-61) findet ihr in unserem Dienstrechtsskriptum (www.oeli-ug.at/index.php?id=105).

Wer sich jetzt denkt: „Was kümmern mich die Überstunden, ich hab' eh keine“ möge erwägen: Das kann und wird sich ändern. In vielen Bereichen gibt's schon LehrerInnenmangel – und die Gesetze besagen, dass wir bis zu 5 Unterrichtsstunden zusätzlich pro Woche halten müssen (auch wenn diese etwa 1/3 schlechter bezahlt sind als die Stunden innerhalb der Lehrverpflichtung). Drum sollten wir wenigstens nicht unnötig Geld herschenken und zB einen Förderunterricht nicht in einer Woche mit verringerter Überstundenbezahlung halten (siehe Eintrag am Kalender in Woche 42), bei Teilzeit (als Pragmatisierte/r) die Pensionsbeitragsvollzahlung („Altersteilzeit, siehe Skriptum Seite 29) und bei Überstunden (als BeamtIn oder I-L-VertragslehrerIn) das Zeitkonto überlegen (Seite 29, Achtung: Muss bis spätestens 30.9. gemeldet werden!).

Apropos Pension und Geld herschenken: Die Pensionsreformen 1997, 2003 und 2004 haben dafür gesorgt, dass die Pensionen auf unter die Hälfte dessen sinken, was heutige RuhestandlerInnen bekommen. Aber wenigstens die KollegInnen Jahrgang 1953 und älter haben noch die Möglichkeit mittels Studienzeitennachkauf in die Hacklerregelung und damit zu höheren Pensionen zu kommen. Wer nicht nachkaufen will oder jünger ist, kann ab 62 in den Pensionskorridor.

Es ist zwar die Hälfte der LehrerInnen über 50, das heißt aber auch, dass 50% der LeserInnen des Kreidekreises noch 15-40 Schuljahre unterrichten werden. Es muss darum gehen, die Schule für SchülerInnen und LehrerInnen immer lebenswerter, sinnvoller und erfüllender zu machen. Dazu brauchen wir weder überbordende Bürokratie, noch Dauerkontrolle, noch überbewertete Prüfungsformalisten. Wir LehrerInnen wollen unterrichten, mit den SchülerInnen arbeiten, in unterschiedlichsten Formen, motivierend, eigenverantwortlich. Meint

's **ÖLI-Team** und wünscht euch ein sehr zufriedenstellendes Schuljahr.

In dieser Nummer:

„Hätti wari wäri“ -
SGA: freies Mandat? – 3

Brauchen wir Deloitte-ge-
testete DirektorInnen? – 3

Wie hält's die Gewerk-
schaft mit der Bildung? – 4

Parlament beschloss Vor-
dienstzeitenneuregelung 4

Bildungsstandards, zB Ma-
thematik 7/8. Schulstufe 5

PV-Schulung am 2.10. – 6

Neues Dienstrecht? – 6

ÖLI-Erlagschein – 6

Gegen die „Neue Mittel-
schule“ - aber warum? – 7

schwarze Gesamtschule- 7

Kalender 2010/11 – 8-1

Zum Nachlesen auf
oeli-ug.at („Zeitung“) und
verlinkt im Netz u.a.:

- [Nur so zum Vergleich](#)
[GÖD-Gubitzer](#) und
[Prof. Rupert Vierlinger](#)

- [Matura auf zwei Ni-
veaus](#) u.a. zum Thema



Österreichische • LehrerInnen • Initiative



von
Herwig Macho,
HTL-Lehrer,
macho (a)
oeli-ug.at

Ich bin gespannt auf Meinungen der Kollegenschaft dazu.

SGA: freies Mandat? „Hätti wari wäri“.

Eine kabarettistische Revue von 2003 – 2004, unter anderem von Michael Niavarani.

Genau dieses „Hätti“ ist mir vor kurzem in den Sinn gekommen, als die Ergebnisse einer SGA-Sitzung bekannt geworden sind. Kaum vor einem Jahr frisch gewählt, stimmten die Lehrervertreter an unserer Schule knapp gegen die Mehrheitsmeinung der Kolleginnen und Kollegen ab. „Hätte ich doch selber kandidiert, wäre vielleicht ...“. Zum Ärgern gab's Grund genug.

Im Frühjahr wurden wir (LehrerInnen) befragt, wie wir in einer bestimmten Sache denken würden. Ob uns denn Variante A sinnvoll erscheinen möge, oder doch Variante B. Das Votum der nicht namentlichen Befragung war für die meisten klar: es stimmten rund 2/3 für Variante B, nur etwa 1/3 für die Variante A.

Nahezu gleichzeitig wurden auch SchülerInnen in dieser Angelegenheit befragt, wobei auch dort eine Mehrheit von rund 60% zu 40% gesamtschulisch zugunsten Variante B vorlag! Klassenweise und nach Abteilungen betrachtet, gab es jedoch eine Mehrheit für Variante A! (Hier wurde offenbar das „englische Mehrheitswahlrecht“ angewandt?)

Somit wurde – entgegen der Mehrheitsmeinung(!) – Variante A im SGA beschlossen. Die drei Lehrervertreter stimmten 2:1 für Variante A, ähnlich SchülerInnen und Eltern. Enttäuschung und Verwunderung sind nun bei vielen KollegInnen erkennbar!

Zum Abschluss dieses Artikels blicke ich wehmütig an die HTL Zeltweg: auf der dortigen Homepage finden sich unter „SGA“ folgende Worte:

„Damit ist offenkundig, dass der SGA ein im Schulleben bedeutender und nicht zu umgehendes Gremium ist. Bei Entschei-

dungen des SGA müssen aber die persönlichen Meinungen der neun stimmberechtigten SGA-Mitglieder in den Hintergrund treten. Sie haben die Willensentscheidung der Basis, d.h. sämtlicher Lehrer, Erziehungsberechtigten und Schüler zu vollstrecken. Es sind daher alle im Schulleben involvierten Personen aufgerufen, über anstehende Probleme ausführlichst zu diskutieren, damit dann die in den SGA-Sitzungen getroffenen Entscheidungen eine breite Akzeptanz finden. Aus dieser demokratischen Verantwortung sollten sich weder Lehrer noch Schüler noch Erziehungsberechtigte stehlen!“

Auch wenn der SGA-Beschluss rechtlich und gesetzlich vollkommen in Ordnung ist, so würde ich mir trotzdem wünschen, dass in Zukunft die „Zeltweger Grundsätze“ beachtet würden.

Impressum: EHV: ÖLI-UG, Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie, 4643 Pettenbach, Pflasterweg 7. Red.: Josef Gary Fuchsbauer und die AutorInnen der Beiträge. Papieraufgabe: 60.000. Kreidekreis ist das Informations-/ Diskussionsorgan der ÖLI-UG.
LeserInnen-Beiträge zu schulrelevanten Themen willkommen! ÖLI-Beitritt bzw. **Kreidekreisabo-** Bestellung: oeli@kreidekreis.net, 0680 2124358, oder € 30 bis 360 bzw. Abo 7 €/ Jahr auf PSK (60000) KtoNr. 78420320 „Öst.LehrerInnen“

Brauchen wir Deloitte-getestete DirektorInnen?

Als Koordinator des Schulversuchs Lehre mit HTL-Reife- und Diplomprüfung habe ich auch mit führenden Menschen aus der Wirtschaft zu tun. Kürzlich meinte so einer, als es in einer Besprechung grad um Entscheidungsfindung in der Schulbürokratie ging: „Direktoren? Das ist doch klar: Die sind von den Lehrern zu wählen, und diesen sind sie verantwortlich.“

Ist die ÖLI demnach die Wirtschaftsfraktion unter den LehrerInnen? Denn die Forderung nach auf Zeit gewählter Schulleitung ist schon vor 30 Jahren ein wesentlicher Faktor bei der Entstehung initiativer LehrerInnengruppen gewesen. Doch was macht das rote Unterrichtsministerium: Es treibt die Entwicklung in eine völlig andere Richtung: Während in den letzten Jahrzehnten doch die

Mitbestimmung bei der Bestellung von DirektorInnen (in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich) eingeführt wurde (zB OÖ: das Abstimmungsergebnis des verpflichtenden Hearings an der Schule fließt mit etwa 20% ins Objektivierungsverfahren ein), hat das bmukk (wie auch etliche LSR) immer mehr Kompetenz an externe Personalberatungsfirmen abgegeben.

Nun aber wird mit einer Weisung vom Juli 2010 die Mitbestimmung auf Schul-, ja sogar auf Landesebene abgeschafft: Die Landesschulräte haben ab nun keine gereihten Dreivorschläge für Schulleitungs- und -aufsichtsorgane an das Ministerium zu senden, sondern dem bmukk lediglich mitzuteilen, welche (bis zu 3) Personen in Frage kommen. Das bmukk beauftragt dann wohl – wie zuletzt immer öfter – die Firma Deloitte (Wentner-Havranek) mit der Potenzialanalyse der BewerberInnen. Was von diesen externen (und sicher nicht billigen) Beratern zu halten ist, zeigte sich zuletzt dramatisch:

Aus unbekanntem Gründen hat das bmukk bei einigen Schulen die Direktorenbestellung einige Jahre liegen gelassen und nun die Idee gehabt, die BewerberInnen noch einmal von Deloitte untersuchen zu lassen. Und siehe da: Ein seit Jahren erfolgreich als prov. Leiter Tätiger und früher von der Personalagentur ausgezeichnet Beurteiler wird plötzlich zum „nur bedingt“ Geeigneten und soll nicht Direktor werden. Mich wundert das nicht. Was wissen diese PersonalberaterInnen schon vom Schulwesen? Natürlich noch weniger als die Experten in LSR und bmukk. Lasst die wirklich Kompetenzen entscheiden und die Schulleitung von den LehrerInnen auf Zeit wählen. Das spart außerdem viel Bürokratie!

Meint
Josef Gary Fuchsbauer
fuchsbauer(a)oeli-ug.at





Reinhard Sellner,

Vorsitzender der Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD (UGöD), www.ugoed.at, [sellner\(a\)oeli-ug.at](mailto:sellner(a)oeli-ug.at), hat sich in Beantwortung einer Anfrage der pädagogischen Taschenbuchreihe „schulheft“ mit Gewerkschaft und Bildungspolitik beschäftigt. (www.schulheft.at)

Immer diese
Abkürzungen:

ÖGB: Österreichischer Gewerkschaftsbund (theoretisch überparteilich, praktisch rot)

GÖD: Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (theoretisch überparteilich, praktisch schwarz).

Gewerkschaftsfaktionen:

FSG: rote („sozialdemokratisch“)

FCG: schwarze („christlich“)

UG: unabhängige

Wie hält's die Gewerkschaft mit der Bildungspolitik?

ÖGB

In Österreich hat sich mit der Etablierung der Sozialpartnerschaft in den 1950er Jahren und der parteipolitischen Anbindung an SPÖ (ÖGB, Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften, Gemeindebedienstetengewerkschaft GdG) und ÖVP (GÖD) eine „unpolitische“, die Mitglieder stellvertretende Haltung durchgesetzt, eine Art von mehr oder weniger aufgeklärtem Funktionärs-Absolutismus, dessen moderner Ausdruck die „Service“-Orientierung und das Verhandeln auf höchster Ebene für arbeitnehmerfreundliche Arbeitsbedingungen, Arbeitszeitregelungen und Einkommen ist.

Bildungspolitisch wurden die ÖGB-Forderungen in der Regel so allgemein gehalten, dass sie auch mit den ÖVP-Positionen der FCG-GÖD vereinbar waren – der jahrzehntelange geübte Verzicht auf die Forderung nach der Gesamtschule als Beispiel.

Im Zug der Aufarbeitung der ÖGB-Krise und vermutlich auch als Reaktion auf die von der FCG (und FSG) der GÖD angedachten Umwandlung dieser ÖGB-Teilgewerkschaft in eine weitgehend unabhängige FCG-Großgewerkschaft ist es zu einer bildungspolitischen Re-Politisierung des ÖGB gekommen. Das von Privatangestelltengewerkschaft und AK gemeinsam organisierte 3. Dallinginger-Symposium 2008 (das übrigens auf eine Initiative der Unabhängigen GewerkschafterInnen/UG zurückgeht) und die Debatte und Beschlussfassung beim ÖGB-Kongress 2009 waren gewerkschaftliche Versuche des bildungspolitischen Eingreifens in die von ÖVP und FCG/GÖD blockierte Gesamtschuldebatte.

GÖD und LehrerInnen-gewerkschaften

Die FCG-Mehrheit in GÖD und LehrerInnengewerkschaften hat im Gegensatz zum ÖGB besitzstandswahrende Bildungspolitik gemacht, egalitäre gewerkschaftliche Ansätze blockiert und wie die FSG in den übrigen Gewerkschaften des ÖGB „unpolitische“ „Service“- und Stellvertreterpolitik betrieben. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die 2009 erfolgte Ablöse des GÖD-Vorsitzenden und ÖVP-Spitzenpolitikers Neugebauer an der ÖAAB-Spitze durch bildungs- und gesellschaftspolitisch und in Schulfragen reformorientierte ÖVP-FunktionärInnen. Die FCG-ÖVP in den 5 (!) LehrerInnengewerkschaften ist ideologisch und standespolitisch gegen notwendige Schulreformen. Gegen die Überwindung der sozialen und frühen Selektion haben sich die AHS-Gewerkschaft (FCG und FSG-BundeslehrerInnen gegen gemeinsame Schule) und die Pflichtschul-Gewerkschaft der LandeslehrerInnen (gegen gemeinsames Bundesdienstrecht) zuletzt mit dem „Anti-Schmied“-Personalvertretungswahlkampf 2009 profiliert. In der „ARGE-Lehrer“ der GÖD sprechen sich nun aber alle für eine Reform der LehrerInnenausbildung in Richtung Masterabschluss für alle aus. Aber nur die KollegInnen der Österreichischen LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen (ÖLI-UG) treten als überparteiliche Opposition in der GÖD schultypenübergreifend für soziale und demokratische Bildungsreformen ein und argumentieren in der GÖD und im ÖGB gegen die FCG/ÖVP für eine offensive Bildungs- und Budgetpolitik: Keine Angst vor Reformen – Her mit der Bildungsmilliarde! Sie vertreten in den LehrerInnengewerkschaften derzeit rund 20% der KollegInnen in den Gremien der Personalvertretung und Gewerkschaft.

8.7.2010: Parlament beschloss Vordienstzeitenneuregelung

Leider ist die nach einem EUGH-Urteil notwendige Neuregelung nicht sehr erfreulich: Statt wie bisher nach dem 18. Lebensjahr werden nun die Vordienstzeiten ab dem Juli beim Schulpflichtende berechnet – aber dafür dauert die erste Gehaltsstufe nicht 2, sondern 5 Jahre. Da somit für (fast) niemanden eine Verbesserung entsteht (für herbstgeborene künftige Bedienstete, die ihre Schulpflicht erst mit knapp 7 begonnen haben, wird es schlechter), brauchen die allermeisten die nun vom Dienstgeber zu erstellenden neuen Vordienstzeitenanrechnungsformulare nicht ausfüllen und unsere formlosen Ansuchen vom Frühjahr sind gegenstandslos.

Bei den schon im Juni 2010 im Dienst Befindlichen bleiben Vorrückungstichtag und Gehaltsstufe unverändert – außer es wird mit dem neuen Formular (wir werden's auf oeli-ug.at stellen, wenn's es gibt) angesucht. Dies ist zu überlegen wenn:

- der 15. Geburtstag im Juli nach der 9. Schulstufe oder später lag,
- es vor dem 18. Geburtstag Vollarrechnungszeiten gibt (zB Präsenz-/Zivildienst, Studium, Lehre/Arbeit im öff. Dienst)

Falls ein Antrag auf Neufestsetzung des Vorrückungstichtages Verschlechterungen bringen würde, gibt es eine Rückzugsmöglichkeit.

Ihr könnt auf www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIV/II/I_00833/name_190280.pdf die Gesetzesänderungen und auf www.goed.at/files/877/Info-Vorrueckungstichtag-8-7-2010.pdf die Info der GÖD dazu nachlesen.

[fuchsbauer\(a\)oeli-ug.at](mailto:fuchsbauer(a)oeli-ug.at)



von
Trixi Halama,
halama (a)
oeli-ug.at,
und
Helmut Breit,
breit (a) oeli-ug.at,



PersonalvertreterInnen, APS
Wien, apfl-ug



Wir, (apfl), sind kritisch gegenüber „scheinbaren Zauberformeln“ a la Bildungsstandards und für die Umsetzung längst überfälliger Reformen!

Bildungsstandards

– ein dynamisches Instrument der Unterrichts- und Schulentwicklung oder die neue (euphemische) Formel zur Verhinderung pädagogischer Reformen?

Zum Ziele der Beantwortung dieser Frage haben wir die, vom Bundesinstitut für Bildungsforschung (bifie) für das Unterrichtsfach Mathematik zur Verfügung gestellten Diagnoseaufgaben (7. Schulstufe) begutachtet.

Das diesen Aufgaben zu Grunde liegende „Kompetenzmodell“ will den Eindruck erwecken, eine umfassende Kompetenzdiagnose zu sein. Es sollen „prozessorientierte Modellvorstellungen“ sein, die über den nachhaltigen Erwerb von Kompetenzen Aufschluss geben. Bei Durchsicht der Beispiele ist uns, wenig überraschend, aufgefallen, dass ausschließlich eine Testung der kognitiven Kompetenzen – und das ohne Rücksicht auf Heterogenität, erfolgt. Der Begriff „Kompetenzmodell“ wird im Übrigen hier völlig unzureichend definiert und unserer Ansicht nach bestenfalls als begriffliches Feigenblatt verwendet. Kompetenz umfasst nämlich die ganze Person, nicht nur die Qualifikation.

Für unsere KMS/WMS-SchülerInnen in Wien, die viele verschiedene Muttersprachen (teilweise nur rudimentär) beherrschen, sich auf drei verschiedenen Sprachkompetenz- bzw. Leistungsstufen befinden, nach drei verschiedenen Lehrplänen zu unterrichten sind und außerdem aufgrund ihrer psychosozialen Benachteiligungen zu einem hohen Prozentsatz von PsychologInnen, PsychologInnen und SozialarbeiterInnen betreut werden, ein denkbar ungeeignetes Instrument! So haben die meisten unserer benachteiligten SchülerInnen auf die, vom bifie online angebotenen Diagnosebeispiele frustriert und demotiviert reagiert. Kein Wunder, wenn man bedenkt,

dass nahezu alle Aufgaben sprachliche Fähigkeiten voraussetzen, die viele SchülerInnen mit Migrationshintergrund einfach (noch) nicht haben.

Durch individualisierten Unterricht haben wir bislang diese SchülerInnen bei ihren Lernprozessen so begleitet, dass sie unter Berücksichtigung ihres Entwicklungsstandes gefördert wurden. Das den Bildungsstandards vorangestellte Diagnoseinstrument testet Leistungen, indem Aufgaben von ALLEN SchülerInnen **undifferenziert**, ohne Rücksichtnahme auf deren unterschiedliche Bedürfnisse und Erfordernisse unter gleichen Bedingungen zu lösen sind.

Auch diese Erkenntnis ist wenig überraschend. Ist es doch ein wesentliches Kriterium von **Standards**, vergleichbare Ergebnisse zu liefern. Problematisch dabei erscheint uns, dass vergleichbare Ergebnisse von Kindern gefordert werden, die in ihrer eingangs erwähnten Heterogenität ganz unterschiedliche Voraussetzungen mitbringen! Der Begriff der „Testfairness“ scheint hier vergessen worden zu sein.

Unsere SchülerInnen sollten durch Individualisierung und Differenzierung optimal gefördert werden. Dieses relativ neue Qualitätsmerkmal (vom bmukk) soll nicht nur den Erwerb von kognitiven, sondern auch den Bereich der sozialen, persönlichen, kommunikativen, methodischen, gestalterischen, medialen,... Kompetenzen umfassen. **Bildungsstandards**, die sich zu Unrecht als solche bezeichnen, sich in Wirklichkeit aber als reine Leistungsstandards enttarnen, verführen dazu, den Unterricht in Richtung Erfüllung dieser Testaufgaben zu adaptieren. Zudem droht die Vielfalt der methodischen Zugänge und thematischen Schwerpunkte homogenisiert zu werden – ein **pädagogischer Rückschritt (!!!)**,

der sich noch dazu als Wolf im Schafspelz zur großen pädagogischen Errungenschaft im Kampf gegen das schlechte Abschneiden bei diversen bildungsvergleichenden Studien hochjubeln lässt! Die Beschränkung auf kognitive **Leistungsstandards** zu Ungunsten von interdisziplinären, sozialen, kommunikativen und personalen Fähigkeiten, gegründet auf einem „fadenscheinigen Kompetenzbegriff“, lenkt ab von unterlassenen längst **überfälligen Reformen!** (die da wären: Maßnahmen gegen die Selektivität des Schulsystems, Bereitstellung von Ressourcen für individuelle Förderung und Akzeptanz statt Ignoranz gegenüber der Andersheit).

Im Sinne der Bildung wäre es zielführend für **Standards** im Bereich **des pädagogischen Handelns** und **schulischer sowie systemischer förderlicher Rahmenbedingungen** zu sorgen!

Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass in Deutschland, nicht zuletzt aufgrund der schwachen PISA-Ergebnisse, der pädagogische Zug ebenfalls Richtung Bildungsstandards unterwegs ist. Der große Unterschied ist allerdings die viel breitere Diskussion über diesen Schritt. So formulierten bereits 2005 führende BildungsexpertInnen die „Frankfurter Einsprüche gegen die technokratische Umsteuerung des Bildungssystems“ und sorgten damit für eine große öffentliche und fachliche Resonanz. Diese kritische Auseinandersetzung findet in Österreich einfach nicht statt. Mit ein Grund dafür ist sicherlich die Involvierung der Bildungsforschungsinstitute und ähnlicher Einrichtungen in die Umsetzung der Bildungsstandards und die damit verbundene großzügige Ressourcenverteilung.

Frau BM Schmied, die die Bildungsstandards als Eckpfeiler ihrer sogenannten Schulreform sieht, wäre gut beraten diesen Irrweg so schnell wie möglich wieder zu verlassen und dafür eine Schule zu fördern in der Heterogenität nicht als Belastung, sondern als Chance gesehen wird.

Personalvertretungs-Grundschulung

am **Sa., 2. Okt. 2010, 10-18 Uhr, 1020 Wien**, KIV Odeongasse (Ecke Gr.Mohrengasse, U1 Nestroyplatz-Rotensterng.)

Wir laden alle herzlich ein, die sich das notwendige Basiswissen (PVG, u. auch Dienst-/Besoldungs-/Pensionsrecht) aneignen wollen. Die **Teilnahme ist mit keiner Mitgliedschaft und keinen Kosten verbunden**. Die ÖLI kommt für die Verpflegung beim Seminar, aber nicht für die Reisekosten auf. Bitte anmelden: oeli@kreidekreis.net od. 0680 2124358.

ÖLI-UG-MandatarInnen in Bund/Land

in der Personalvertretung seit den Wahlen im Nov.2009:

Namen, Telefonnummern und (Schul-)Adressen siehe: www.oeli-ug.at/index.php?id=101 jeweiliges Bundesland anklicken. Dort findest du auch die GewerkschaftsmandatarInnen. Alle MandatarInnen sind auch unter ihrem **Familiennamen** mit dem Zusatz @oeli-ug.at erreichbar.

Zum Nachlesen in www.oeli-ug.at, News

Österreichs LehrerInnen überdurchschnittlich engagiert und weit unterdurchschnittlich unterstützt. Brief der Vorsitzenden der 5 LehrerInnen-Gewerkschaften an BM Schmied (TALIS)

Bildungsexperte: "Burnout-Gefahr bei Lehrern institutionalisiert" (DerStandard, 11.5.2010). Gründe: gestiegene Anforderungen, mangelnde Unterstützung und Ausbildung

LehrerInnen-GewerkschafterInnen schlechte Vorbilder in Gesprächskultur. Kommentar in den OÖNachrichten

Nur so zum Vergleich: GÖD-Gubitzer und Prof.Vierlinger - Zufällig kamen am selben Tag eine GÖD-Aussendung und eine Mitschriftsredigierung von em.Prof.Rupert Vierlinger: Plädoyer für eine echte Gesamtschule

Liebe KollegInnen an Volks- und Hauptschulen! Ein Brief aus der AHS für die gemeinsame Schule + ihre ausreichende Budgetierung

Matura auf zwei Niveaus und 2 andere Beiträge von KollegInnen zur Diskussion über die Maturareform.

Neues Dienstrecht

Zurücklehnen und beim Streiten zuschauen?

Seit Jahrzehnten wollen wir die höheren Anfangsgehälter, fast ebenso lange werden sie angekündigt.

Als 2003/04 die massiven Pensionskürzungen von der Gewerkschaft akzeptiert wurden, versprach die Regierung dafür ein neues Dienstrecht. Und nun wird schon 6 Jahre lang darüber nicht einmal verhandelt.

Manche werden sich denken: Bei praktisch allen Dienstrechtsänderungen in den letzten 20 Jahren kamen eh nur Verschlechterungen heraus, also samma froh, wenn's so bleibt wie's ist.

Aber wollen wir das wirklich? Immer mehr unbezahlte Arbeit als LehrerInnen. Immer schwierigere, inhomogenere Klassen und Individualisierungsbedarf – ohne entsprechendes Zusatzpersonal und ohne zeitliche und finanzielle Abgeltung. Immer mehr Druck, von Eltern, Medien, Vorgesetzten. Immer weniger Bezahlung für (wegen LehrerInnenmangel) immer mehr werdende Überstunden. Immer mehr Supplierungen wegen immer mehr Krankenständen durch eben diesen zeitlichen und psychischen Druck. Soll das wirklich noch so bleiben?

Und was macht die Politik? Gegenseitiges Haxlbeißen und Austricksen. Zuletzt im August die 2 Prölls und Faymann gegen BM Schmied. Sie wollen die Schule nicht aus dem parteipolitischen Einflussbereich entlassen. Das ist doch wohl der wahre Grund dieser Streitereien. Denn das Geld kann's wohl nicht sein: Neun (Landes-) LehrerInnenverwaltungen werden ja wohl kaum billiger sein als eine.

2011, sagt BM Schmied, wird über das neue LehrerInnen-Dienstrecht verhandelt. Naja, 2005 hätte das laut Schüssel/Neugebauer auch schon sein sollen. Und 2006, 2007, 2008, 2009 und 2010.

Wir von der ÖLI haben schon lange und viele Ideen dazu. Wir setzen die Diskussion fort ...

ÖLI-BerufsRechtschutz

Für ÖLI-Mitglieder, die mindestens 25 €/Monat Mitgliedsbeitrag per Dauerauftrag aufs ÖLI-PSK-Konto Nr. 78 420 320 (BLZ 60000) leisten, wird auf Antrag eine Berufsrechtsschutzversicherung inkludiert. Infos bitte anfordern: oeli@kreidekreis.net

ÖLI-Beitrag unter "Beiträge zu Berufsvereinigungen" beim Jahresausgleich geltend machen und 43,2% Lohnsteuer zurückbekommen. Der Jahresbeitrag von € 360 **reduziert** sich dadurch auf € 204 netto (bei Monatsbrutto ab ≈ 2500 €).

Übrigens: Der ÖLI-Mindestbeitrag beträgt gemäß Generalversammlung vom 3. 10. 06 30 Euro/Jahr. Abo 7 €/Jahr.

P.S.K.

ERLAGSCHEIN - EURO		
EUR	Betrag	
Kontonummer EmpfängerIn	BLZ Empfängerbank	Empfängerbank
7 8 4 2 0 3 2 0	6 0 0 0 0	P S K
Empfänger		
Ö L I - Ö s t . L e h r e r i n n e n I n i t i a t i v e		
Unterschrift AuftraggeberIn - bei Verwendung als Überweisungsauftrag		Verwendungszweck
		<input type="radio"/> Mindestmitgliedsbeitrag (30,-/Jahr)
		<input type="radio"/> Kreidekreis-Abo (7,-/Jahr)
Kontonummer AuftraggeberIn	BLZ-Auftragg./Bankverm.	<input type="radio"/> Mitgliedsbeitrag (30,-/Monat) (beinhaltet Kreidekreis-Abo und Rechtschutz)
AuftraggeberIn/EinzahlerIn - Name und Anschrift		<input type="radio"/>
		<input type="radio"/> Ich möchte Berufsrechtsschutz
		Telebanking: Name/Adr./Mail angeben
		<input type="radio"/> Bitte sendet mir eine Bestätigung für's Finanzamt



Wilfried Mayr
ÖLI-Vorsitzender
HS-Lehrer, M. d.
ARGE-LehrerInnen,
mayr (a) oeli-ug.at

Gegen die „Neue Mittelschule“ - aber warum?

Andere Argumente zum derzeitigen Schulversuch nMS

In bislang acht Aussendungen von „Bildungswissenschaft versus Propaganda“ wettet die Österreichische Professoren-Union ÖPU gegen eine Gesamtschule, nennt ihre Argumente wissenschaftlich und übermittelt dennoch völlig einseitige Propaganda. Ich bin ebenfalls gegen Schmieds „nMS“, allerdings aus ganz anderen Gründen.

Diese finanziell besser gestellten Schulversuche sind „Entlastungsbohrungen“, die den wachsenden Reformdruck schwächen und damit ein antiquiertes, ständisches Schulsystem, dessen Koordinaten im Bildungsbürgertum des 19.(!) Jahrhunderts wurzeln, prolongieren. Das kostet auch, bereitet aber die Jugend des 21. Jahrhunderts nicht optimal auf die Zukunft vor!

Die PropagandistInnen eines sogenannten „differenzierten Schulsystems“ sollten die generelle Einführung der jetzigen Hauptschule fordern, denn diese weist in genau ihrem Sinn mit ihren 3 Leistungsgruppen und identem Lehrplan mit der AHS-Unterstufe erkennbar mehr „Differenzierung“ auf als die gymnasiale Unterstufe ;-).

Nötig sind der „große Wurf“ einer

echten Bildungsreform und dazu wesentlich mehr finanzielle und richtig eingesetzte Ressourcen als bisher! Wenn reaktionäre Privilegierte im deutschen Sprachraum bislang erfolgreich eine privilegierte Schule für ihren Nachwuchs und die dort Unterrichtenden verteidigen konnten, ist ihnen zu ihrem „Erfolg“ fairerweise zu gratulieren. Einem zeitgemäßen Bildungssystem fügen sie aber wachsend Schaden zu. Cui bonum, qui bono?

Eine LehrerInnenschaft, die seit Jahrzehnten viel Trara und fast nur Einsparungen erleben musste und überwiegend wenige Jahre vor der Pensionierung steht, hat ihre Mühen mit der Demoralisierung. Welche Hoffnungen hatte ich bei Antritt der Praktikerin Gehrler als Ministerin und was ist daraus geworden! Wie hat sich Quereinsteigerin Schmied vom schlauen Josef ausmanövriert lassen!

Der **große Wurf** wäre ein modulares¹ Schulsystem mit ausreichender Ausstattung. Eine Wertigkeit² von **20 Stunden** wöchentlichen Unterrichts wäre eine faire Vollbeschäftigung, wenn man Vor- und Nachbereitung sowie Koordinationen, Fortbildung und anderen lehramtlichen Pflichten den nötigen Respekt zollt. Bisher den PädagogInnen aufgehalste Folgen von Verhaltensschwierig-

keiten und Problemlösungen sind Aufgabe von Fachkräften (PsychologInnen, ÄrztInnen, SozialarbeiterInnen ...). Auch da können wir vom Ausland lernen.

Eine gleichwertige, ebenfalls modulare LehrerInnenausbildung für Vorschul-, Grund-, Mittel- und Oberstufe mit sehr viel Schulpraxis am Anfang des Studiums verhindert verlorene Jahre einer beruflichen Fehlentscheidung und bietet Veränderungsspielräume während der zunehmenden Dienstjahre. Die Inhalte der LehrerInnenausbildung werden von erfahrenen PraktikerInnen ausgewählt und müssen nicht von Sektionschefs im Ministerium aus ihren Fingern gesogen oder von irgendwo abgeschrieben werden (Was von unseren Ausbildungsinhalten konnten wir tatsächlich gebrauchen und bezüglich welcher Inhalte wurden wir im Regen stehen gelassen?). Die Ergebnisse der Hirnforschung schreien nach Änderungen in der Pädagogik! Flache Hierarchien und klare organisatorische Zuständigkeiten entschärfen Cäsarenwahn, Frustquellen und übermäßige Bürokratie. Soziales Lernen vereint Kompetenzgewinn der Lernenden und menschenwürdige Arbeitsbedingungen der PädagogInnen. Wir fordern die geeignete Schule des 21. Jahrhunderts!

¹ Bildungsinhalte in Module gefasst machen das teure Repetieren ganzer Klassen überflüssig. Ein tatsächlicher Kernstoff von etwa einem Drittel der Lerninhalte und etwa zwei Drittel auswählbarer Zusatzangebote berücksichtigen sowohl den Erwerb grundlegender Kulturtechniken als auch die verschiedenen Interessens- und Kompetenzlagen der Lernenden.

² Wertigkeit: abhängig von fachlicher Belastungssintensität und SchülerInnenanzahl.

Die schwarze Gesamtschule

(Schlagzeile in den SN vom 21.5.)

Mitte Juli stimmten die HamburgerInnen darüber ab, ob aus der vierjährigen Grund- eine sechsjährige Primarschule werden sollte, also eine um zumindest 2 Jahre verlängerte gemeinsame Schule. 218 065 waren dafür, 276 304 dagegen, damit verhinderten 22 Prozent der Stimmberechtigten diese Schulreform, die Regierung und Parlament (Koalition aus CDU und Grünen) vorgeschlagen hatten. Die Bundesbildungsministerin nannte das dann „eine gute Nachricht für das Gymnasium“. Und was ist mit Haupt- und Realschulen?

In Hamburg war diese Schulreform eine Koalitionsbedingung der Grünen, die CDU hat mitgemacht. Die neue rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen plant in den nächsten 5 Jahren 30 Prozent der Schulen in Gesamtschulen umzuwandeln, das wär dann ein bisschen vergleichbar mit der NMS-Strategie unserer Ministerin. Und wie wir in Tirol feststellen können: Ein bisschen was hat sich atmosphärisch schon geändert im letzten Jahr, ganz fest betoniert sind die Positionen nicht mehr.

Der 20. Mai war auch so ein kleiner Wegweiser, wenn schon kein Meilenstein: 3 Tage vorher war das ÖAAB-Bildungsprogramm präsentiert

worden. In dessen Entstehungsphase war einmal eine „Wende“ in der Bildungspolitik angedacht gewesen, das war noch in der Zeit der Generalsekretärin Beatrix Karl. Und weil ihre Wende nicht mehr erkennbar war, hatte Frau Karl, jetzt Wissenschaftsministerin, im Ö1-Morgenjournal gesagt, sie sei für ein „Gymnasium für alle“ als „die beste einheitliche Schule für alle Zehn- bis 14-Jährigen“. Das ist ein netter neuer Name für die alte „Gesamtschule“, da reißt es nicht gleich jede/n ÖVP-ler/in.

„Ein längst notwendiger Vorstoß“ überschrieb Helmut Schliesselberger seinen Kommentar dazu am nächsten Tag in den SN. Nicht alle Konservativen sahen das naturgemäß so, aber wie der ehemalige steirische LSR-Präsident, Bernd Schilcher, schon vor Jahren feststellte: Auch in der ÖVP werden die BefürworterInnen einer gemeinsamen Schule immer mehr.

„Es ist dringend notwendig, die Bewegung zu nutzen, die Karl mit ihrem Vorstoß in die verstockte Debatte bringt.“ (SN 21.5.) Die Koalition sollte „ein historisches Zeitfenster nutzen: Allein 2014-2018 werden 25% der Lehrer in den Ruhestand treten“, schreibt Schliesselberger. Damit kommt es zu einer Entlastung des Bildungsbudgets durch billigere jüngere LehrerInnen. Viele von uns fallen in dieses Zeitfenster und werden sich dann in Ruhe anschauen, was die Ministerinnen daraus machen.



von **Christian Schwaiger**,
BL-AHS-Gew.,
schwaiger (a)
oeli-ug.at

Öbild v. Birgitta Merl,
pensionierte Lehrerin

